



# Steht Präsenz Schweiz vor dem Aus?

**Landeswerbung** Die PR-Organisation gerät wegen der Weltausstellung und Forderungen des Parlaments unter Druck

**Die Landeswerbungs-Organisation Präsenz Schweiz steht seit längerem unter Druck. Nun könnten Budgetentscheide des Bundesrats und Vorstösse aus dem Parlament das Ende der Organisation einläuten.**

DANIEL FOPPA

Ende der Neunzigerjahre war das Image der Schweiz arg angekratzt. Diskussionen um nachrichtenlose Vermögen und das Verhalten der Schweiz zur Nazi-Zeit führten vor allem in den USA zu scharfer Kritik. Als Folge davon sagte das Parlament Ja zur Gründung der bundeseigenen PR-Organisation Präsenz Schweiz, die 2001 ihren Betrieb aufnahm. Hauptaufgabe der Organisation ist es, das internationale Erscheinungsbild der Schweiz zu pflegen und allgemeine Kenntnisse über unser Land zu vermitteln.

Die Kritik an Präsenz Schweiz liess indes nicht lange auf sich warten. «Dieses staatlich betriebene Fremdenverkehrsbüro ist überflüssig», erklärt der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli. Für ihn betreibt Präsenz Schweiz bloss «Fassadenrenovation». In einer Motion fordert Mörgeli deshalb die Abschaffung der Organisation. Der Vorstoss ist unterdessen abgeschrieben worden, doch Mörgeli will ihn wieder aufs Tapet bringen.

## Calmy-Rey musste nachgeben

Die Luft wird derweil unabhängig von Mörgelis Vorstoss dünn für Präsenz Schweiz. So hat der Bundesrat am Mittwoch beschlossen, dass die Organisation 7 Millionen Franken an den 23 Millionen teuren Schweizer Auftritt an den Weltausstellungen

gen von Saragossa (2008) und Schanghai (2010) beisteuern muss. Dies, obwohl die «Verordnung über die Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland» festhält, dass die Teilnahme an Weltausstellungen über «ausserordentliche Beiträge der Eidgenossenschaft» läuft.

Dem Vernehmen nach musste Aussenministerin Micheline Calmy-Rey, deren Departement Präsenz Schweiz unterstellt ist, die Budgetkürzung hinnehmen, um den Auftritt an den Weltausstellungen überhaupt zu retten. Das Thema soll an nicht weniger als drei Bundesratssitzungen besprochen und zuvor zweimal verschoben worden sein. Dabei sei auch der Verzicht auf einen Auftritt in Saragossa zur Diskussion gestanden.

Um diesen peinlichen Fall abzuwenden, bot Präsenz Schweiz schliesslich von sich aus an, 3 Millionen aus dem ordentlichen Jahresbudget beizusteuern. Daraus sind nun 7 Millionen geworden. Zählt man die budgetierten 4 Millionen Sponsorengelder dazu, für die Präsenz Schweiz eine Defizitgarantie liefern musste, könnten die Weltausstellungen ein Loch von 11 Millionen in die Kasse der Organisation reissen. Ein happiger Betrag angesichts des Budgets von Präsenz Schweiz, das letztes Jahr 10,3 Millionen betragen hat.

Ungemach droht Präsenz Schweiz auch aus dem Parlament. Die Wirtschaftskommission des Nationalrats fordert in einer Motion eine komplette Reorganisation der Landeswerbung. Sie stellt dabei eine Fusion von Präsenz Schweiz mit Schweiz Tourismus und der Wirtschaftsförderorganisation Standort

Schweiz zur Diskussion. Zudem fordern die Nationalräte Kosteneinsparungen von 20 Prozent. Der Bundesrat beantragt Annahme der Motion, und auch die ständerätliche Wirtschaftskommission unterstützt laut Präsident Hannes Germann (SH/SVP) den Vorstoss. Gut möglich, dass Präsenz Schweiz bei dieser Reorganisation unter die Räder kommt. Im Gegensatz zu den beiden anderen touristisch und wirtschaftlich ausgerichteten Organisationen verfügt Präsenz Schweiz kaum über eine Lobby im Parlament.

## Matyassy will kämpfen

«Die Landeswerbung der Schweiz darf nicht auf den Tourismus reduziert werden», betont derweil Präsenz-Schweiz-Direktor Johannes Matyassy. Er unterstreicht die Bedeutung seiner Organisation, die umfassende Landeswerbung betreibe – auch im präventiven Sinn. «Genau eine solche Organisation fehlte uns vor der Debatte über die nachrichtenlosen Vermögen», sagt Matyassy. Er würde es deshalb als völlig verfehlt erachten, Präsenz Schweiz aufzugeben und will für die Organisation kämpfen. Vorderhand ist der Direktor jedoch damit beschäftigt, den Sparauftrag aus dem Bundesrat umsetzen. Konkret bedeutet das, die Ausgaben bereits dieses Jahr um eine Million zurückzufahren – bei längst aufgegebenen Programmen.

